

Antrag 0.2/199: Initiative zum Schutz von Menschen vor dem Verschwindenlassen in Gefängnissen oder psychiatrischen Einrichtungen

Antragsteller/in:	KV München-Süd
Status:	zugelassen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die bayerische FDP fordert die Bundestagsfraktion der Liberalen auf, eine Initiative
- 2 für ein Übereinkommen der Vereinten Nationen zu starten, dessen mitunterzeichneten
- 3 Staaten sich dazu
- 4 **Verpflichten,**
- 5 einer unabhängigen Organisation wie dem Roten Kreuz oder dem roten Halbmond, den
- 6 Besuch von allen Insassen von Gefängnissen, sonstigen Einrichtungen, der zivil-,
- 7 straf- oder öffentlich-rechtlichen Unterbringung, sowie psychiatrischen Einrichtungen
- 8 zu ermöglichen.
- 9 Die teilnehmenden Staaten verpflichten sich zugleich, allen Menschen, denen sie die
- 10 Bewegungsfreiheit aus welchen Gründen auch immer nimmt, die Möglichkeit einzuräumen,
- 11 sich an die genannte Institution zu wenden.

Begründung

Es ist die Praxis in sehr vielen Staaten dieser Erde, Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen festnehmen und verschwinden zu lassen.

Millionen Menschen vegetieren unter unmenschlichen Bedingungen und ohne jede Hoffnung darauf, irgendwann wieder in Freiheit leben zu dürfen. Wir wollen über einen völkerrechtlichen Vertrag dazu beitragen, dass in immer mehr Staaten die Verpflichtung eingegangen und gelebt wird, die Existenz von einzelnen Menschen nachzuverfolgen zu können und die Bedingungen, unter denen sie leben müssen, sichtbar werden zu lassen.

Die Würde jedes einzelnen Menschen muss Maßstab unseres politischen Handelns sein.

Gez. Hildebrecht Braun für Kreisverband München-Süd der FDP